

Monika Frommel

## Gewalt als attraktive Lebensform

Die gewaltsamen Ausschreitungen im Hamburger Schanzenviertel während des G20-Gipfeltreffens sind derzeit noch Gegenstand juristischer wie politischer Aufarbeitungsversuche. Diese Ausschreitungen haben den Streit um den Sinn linken Protests gegen die G20-Treffen und deren politische Entscheidungen weiter vertieft. Monika Frommel beschreibt in ihrem Essay den Zusammenhang zwischen heutiger „linker Politik“, die sie in einer Sympathie-Falle sieht, und sinnlosen Gewaltexzessen.

### 1. Einleitung

Die Krawalle in Hamburg anlässlich der Blockade des G20-Gipfels haben – wie zu erwarten war – kontroverse Reaktionen hervorgerufen. Im Folgenden soll davon eine ausgewählt werden: die Neigung von Liberalen, „linke“ und „rechte“ Gewalt gleichzusetzen. Zwar liegt es aus der Perspektive einer politischen „Mitte“ nahe, die gesellschaftlichen und politischen Ränder als „gleich weit“ weg vom eigenen Milieu und der eigenen Überzeugung zu konstruieren. Ein Unterschied fällt aber sofort auf: „extreme Rechte wollen Flüchtlinge vertreiben und Migranten das Leben schwer machen“. Die „interventionistische Linke“ hingegen pflegt einen leeren Antikapitalismus. Gegen strukturelle Gewalt müsse man „kämpfen“, und zwar mit „Gewalt gegen Sachen“<sup>1</sup>. Da ist sie: die unsägliche und seit 50 Jahren rituell beschworene Unterscheidung zwischen der „Gewalt gegen Sachen“ und der „Gewalt gegen Personen“, wobei Polizisten bemerkenswerter Weise nicht als Personen, sondern als Repräsentanten der Staatsgewalt undefiniert werden. Kriminologen nennen das eine Neutralisierungstechnik, welche alles Mögliche „rechtfertigt“. Diese Strategie ist ziemlich alt. Schon 1967 legitierten Gudrun Ensslin, Andreas Baader und zwei weitere Mittäter im sog. Frankfurter Kaufhausbrand ihr Tun damit, dass die angezündete Matratze nur eine Sache und die Gefahr eines Brandes zu vernachlässigen gewesen wäre. Dennoch war diese Sache für die Brandstifter folgenreich; denn der Prozess brachte ihnen drei Jahre Gefängnis ein und war wohl der Anfang vom Ende. 50 Jahre nach den Anfängen der RAF fragt Wolfgang Kubicki, wie es wäre, wenn es eine „Braune Flora“ gäbe und fordert das Ende aller „rechtsfreien Räume“<sup>2</sup>. Nun gibt es jede Menge „rechtslastiger“ Einrichtungen, gesponsert mit viel Geld, etwa das Kolleg Weikersheim<sup>3</sup>.

Die Geschichte der letzten Jahrhunderte ist voll von „rechtsfreien, braunen Räumen“. Dennoch macht es keinen Sinn, inhaltlich Verschiedenes gleich zu setzen. Aber nicht minder ideologisch ist es, strukturelle Ähnlichkeiten zu leugnen. Sie sollen im Folgenden Thema sein. Wenn also aus der Roten Flora nach diesem Debakel zu hören ist: „wir sind zwar radikal, aber nicht doof“, so muss dem widersprochen werden. Sie sind nicht „radikal“, sondern inhaltsleer, und „nicht doof“ ist auch übertrieben; denn dann hätten sie mehr Weitsicht gezeigt. Im Folgenden soll daher die Attraktivität sinnloser Gewalt näher betrachtet werden. Was hat sich in den letzten 50 Jahren geändert, was ist vergleichbar geblieben?

## 2. Attraktivität von Gewalt als Lebensform

Jan Philipp Reemtsma<sup>4</sup> untersucht die Attraktivität von Gewalt als Lebensform oder – wenn sie episodisch auftritt – als „Gruppenerlebnis“. Er unterscheidet die uns besonders rätselhaft und sinnlos erscheinende ziellose Aggressivität von dem meist zielgerichteten, kriminellen Verhalten eines Räubers oder Vergewaltigers. Die vordergründig unverständliche Aggressivität nennt er „*autotelische Gewalt*“ (116). Sie folgt keiner instrumentellen Logik, wird also nicht zur Erreichung eines Ziels eingesetzt, kann maßlose Machtdemonstration sein oder die Aktion eines meist jungen Mannes, der in der Hierarchie einer Gruppe eine attraktive Position erreichen oder sie zumindest halten will. An besonders eindrucksvollen Beispielen wie extremer Brutalität in Kriegen und/oder Terror zeigt Reemtsma, dass diese Ziellosigkeit ein wesentliches Phänomen ist, das es zu erklären gilt. Dabei scheitern jedoch „*Versuche, Terror nach Maßgaben instrumenteller Logik zu verstehen*“ (411) schon daran, dass „*die aktive Teilnahme an einem Terrorsystem so viel an psychischer Gratifikation mit sich bringt, dass das Risiko zu einem Opfer zu werden, wesentlich geringer wiegt*“ (413). Der Vorteil von Reemtsmas Perspektive ist, dass er nicht versuchen muss nach Inhalten zu unterscheiden, etwa zwischen „linkem“ Protest, „islamistischer“ (Verbreitung von Furcht und Schrecken) oder „rechter“ Gewalt (wahllose Unterdrückung oder Zerstörung von Menschen, die zu einer ideologisch als „minderwertig“ abgewerteten Gruppe gehören). Auch bedarf es keiner „Gender“-Perspektive, um zu erklären, wieso zu allen Zeiten und in allen Kulturen junge Männer überrepräsentiert sind. Derartige Hierarchien sind Relikte aus „*kriegerischen Zeiten*“ und schon von daher nur für einen spezifischen Typus von „*angestrebter Männlichkeit*“ attraktiv. Reemtsma wählt starke historische Beispiele, etwa den Terror der Bolschewiken, der Stalinisten oder der SA (Stichwort: Entmodernisierung durch Bandenbildung, 386 ff): „*Ist das Klima revolutionären Terrors einmal etabliert, verliert Gewalt jegliche instrumentelle Logik*“ (311).

## 3. Die Randalie im Schanzenviertel in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 2017

Übertragen wir die Einsichten von Reemtsma über autotelische Gewalt auf dieses verstörende Geschehen.<sup>5</sup> Zweifellos war es ein gewaltiges „Gruppenerlebnis“. Aber fragt man nach dem „Gewinn“ für die als Blockierer angereisten Protest-Touristen und den

Zielen der um die Rote Flora herum sozialisierten „interventionistischen Linken“, kann man allenfalls sagen, dass sie offenbar eine politische Machtfrage beantworten wollten: Kann ein Gipfel in einer Großstadt wie Hamburg abgehalten werden? Sollte das ihr Ziel gewesen sein, dann haben sie verloren. Verloren haben sie aber auch, wenn man übergreifend fragt, was 50 Jahre nach 1968 die Zuschreibung „links“ bedeuten kann.

Im Folgenden wird die These aufgestellt, dass sich das Streben nach mehr Demokratie, die Garantie von Grundrechten und die Verbesserung von Chancengleichheit nicht mehr als „linke“ Ziele verstehen, sondern mehrheitsfähig geworden sind. Wer dagegen ist, gilt als „rechts“. Wer mit „links“ eine fundamentale Kapitalismus-Kritik meint, muss zeigen, wie dieses Ziel umgesetzt werden soll. Wer meint, radikal sein zu müssen, geht in die Falle, die sinnlose Gewalt nun einmal darstellt. Übertragen auf die Hamburger Krawalle passt zu Reemtsmas Diagnose, dass es ganz „normale“ Partygänger (Riot-Kids) waren, die in einer aufgeheizten und gewaltschwangeren Atmosphäre jeden Hauch von Zivilität verloren und ein sog. „linkes Viertel“ demoliert haben, in dem Demonstranten Schlafplätze bekommen hatten. Aber auch die martialische Aufmachung des Schwarzen Blocks und der Name seiner Demonstration („welcome2hell“) zeigten schon, was zu erwarten war. Ein *zielgerichtetes* Verhalten kann bei keiner der beiden – in sich durchaus heterogenen Gruppen – erkannt werden.<sup>6</sup> Zwar behauptet die Organisatorin der „interventionistischen Linken“ in Hamburg<sup>7</sup>, die Politik-Studentin Emily Laquer (TAZ vom 13.7.2017), die „Linken“ hätten den G20-Gipfel „behindern“ wollen. Aber was ist das für ein Ziel, inhaltliche Kritik durch reine Blockade und Randalen zu verdrängen?

Es hat etwas von Tragik, dass außerparlamentarische Aktivitäten in den letzten 50 Jahren meist nur der Verhinderung dienten. Selbst beim Protest gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ entstand kein ernsthaft arbeitender Runder Tisch. In mehreren Städten entstanden zwar kleine Parallelgesellschaften, wie in Hamburg die Rote Flora; aber konstruktive Gestaltung verlangt mehr. Eine derart vage Kritik an der Globalisierung verdeckt mehr, als sie erklärt. Sie ist außerdem völlig voluntaristisch, denn sie folgt einer Ideologie der beliebigen Veränderbarkeit und weitgehenden politischen Machbarkeit – alles sei möglich, wenn man nur wolle. Das ist bei einem weltweit stattfindenden ökonomischen Prozess geradezu absurd. Was wir in der Welt beobachten, verlangt eher nach einem Gipfel, auch und gerade in einer Weltstadt wie Hamburg. Globalisierung findet nun einmal statt, unabhängig davon, ob das angeblich „links“ Denkende wollen oder nicht. Die riesigen Nachteile, die dieser Prozess für ganze Regionen und auch in reichen Ländern für sog. Globalisierungsverlierer mit sich bringt, müssen diskutiert und nach Möglichkeit minimiert werden. Dass dies in manchen politischen Systemen überhaupt nicht und insgesamt gesehen nicht angemessen geschieht, ist unbestreitbar. Aber hätte eine erfolgreiche Blockade des Gipfels irgendeinen Nutzen gehabt? Sicher nein – was zeigt, dass es um etwas anderes geht.

Wäre von den Demonstranten eine gehaltvolle internationale Gegen-Demonstration gewollt worden, dann hätte diese in der Roten Flora stattfinden und mit bunten Veranstaltungen und breiten Debatten internationale Aufmerksamkeit erregen können. Stattdessen wollte man sich offenbar nur mit Polizisten rangeln, also ausgerechnet den schlecht bezahlten Ordnungskräften. Dass diese am Ende völlig erschöpft wa-

ren und das Schanzenviertel „opfernten“, es aus ihrer Sicht opfern mussten,<sup>8</sup> kann man unterschiedlich deuten. Geplant war das sicher nicht, aber in Kauf genommen. Nicht nur fehlende Weitsicht, welches Maß an Destruktivität die „interventionistische Linke“ einkalkuliert hat, sondern bereits die Prioritäten der Sicherheitspolitik (Teilnehmer des Gipfels sind zu schützen) erklären, dass die Lage relativ früh nicht mehr beherrschbar war.

Der Rückzug der Polizei öffnete im Ergebnis für einige Stunden einen staatsfreien Raum und zeigte die ganze Paradoxie der Gipfel-Gegner. Eigentlich müsste das Fehlen staatlicher „Willkür“ einer „Linken“, die für die Freiheit zu kämpfen vorgibt, freudiger Anlass zu konstruktiven Aktivitäten sein.<sup>9</sup> Stattdessen wurde der Rückzug nur für Blockaden und Krawalle, für gegen die Bewohner gerichtete Aggressionen (Sachbeschädigung, Raub, Brandstiftung) genutzt. Es ist dies eine – für Kriminologen erwartungsgemäße – Folge und zeigt die Leere des sich „links“ nennenden Protests. Sobald sich wieder Polizisten sehen ließen, ging es weiter mit der Gewalt gegen diese. Kein gutes Zeichen für eine Subkultur, die eigentlich dem freien Spiel der Kräfte Raum lassen will.

Um was also ging es den Organisatoren der Blockade eigentlich? Was hat eine sich „links“ nennende Gruppe davon, die Kosten für einen Gipfel so hoch zu schrauben, dass er nur noch auf Orten wie Helgoland oder einer unzugänglichen Insel stattfinden kann? Abgesehen vom kurzfristigen Medienecho macht das keinen Sinn, da ohne die Anwesenheit der Welt-Presse auch der Protest weitgehend wirkungslos wird. Es ist also neben einer die unmittelbaren Realitäten verdrängenden Gruppendynamik<sup>10</sup> noch ein weiterer Faktor zu bedenken: der in diesen Subkulturen übliche Überbietungswettbewerb innerhalb der Protest-Szenen („links“, „linker“, am „linkesten“ – wobei der Doppelsinn hier stehen bleiben kann).

#### 4. Historische Vorbilder

War die RAF Teil einer „linken Protestkultur“?

Wer sich über linke Protestkultur zu Zeiten der RAF informieren möchte, der lese die im Auftrag der Bundesinnenminister gefertigten Arbeiten zu „*Protest und Reaktion*“<sup>11</sup>. Es ist eine sorgfältige Analyse aus dem Jahr 1984, deren „eigentliches“ Ziel (im Sinne der Auftraggeber) darin bestand, „Analysen zum Terrorismus“ zu gewinnen, um künftig besser präventiv und repressiv reagieren zu können. Die Studie bietet aber weit mehr als Politikberatung üblicherweise leistet. Allerdings sind auch deren Autoren Kinder ihrer Zeit. Für sie ist die RAF Teil einer „linken Protestkultur“ – eine Annahme, die uns heute eher fragwürdig erscheint. Instinktiv hatten die Autoren das Gefühl, dass sie sich auf einem unsicheren Terrain bewegen. Heinz Steinert u.a. beginnen ihre Studie mit einem „Höflichen Ersuchen, diese Arbeit nach Möglichkeit so zu lesen, wie sie gemeint ist“. Sie wollten aus einer *Beobachter-Perspektive* auf den Staat und seine Geschicke blicken. Sie meinen, der Terrorismus der RAF sei nicht „aus der Art der Taten zu erklären“ (S. 394), sondern sei nur eine Reaktion. Es ist dies das Motiv vieler sich selbst als „links“ verstehenden Kommentatoren, und zwar bis heute. Die Autoren

fahren fort: „Der Charakter der terroristischen Bedrohung“ liege im Auge des Betrachters<sup>12</sup>, was im konkreten Fall bedeutet: in „der Herausforderung durch den Staat“ (S. 395). Die als Beobachtung etikettierte Bewertung wird sogar noch zugespitzt zu der These, dass „eine Erklärung des „linken“ Terrorismus mit einer Erklärung der Jugend- und Studentenbewegung zusammengehen muß“ (S. 409).

Schon damals bezweifelten andere, sich eher als „liberal“ etikettierende Beobachter der RAF, wie etwa Heribert Münkler, diesen Zusammenhang. Sie wiesen darauf hin, dass alle Akteure im Umfeld der RAF lediglich „Versatzstücke marxistischer Theorie vergleichsweise willkürlich zusammenklitterten“. Heinz Steinert widerspricht dem, kann aber das Gegenteil nicht belegen. Daher hält er den theoretischen Hintergrund für irrelevant. „Theorie“ und zweckrationale politische Konzepte zu verlangen, sei eine „Entpolitisierung“ der RAF (407 f.). Man messe sie am Politikverständnis von Berufspolitikern. Es sei ihnen und ihrem Umfeld um eine *expressive Form des Protestes* gegangen. Die Radikalisierung der RAF sei nur verständlich, wenn man den repressiven Charakter der staatlichen (und gesellschaftlichen) Rahmenbedingungen und Reaktionen bedenke. Die RAF hätte zur Entstehung zahlreicher Formen *linken Protestes* geführt, der von den Autoren näher betrachtet wird.

Die These vom engen Zusammenhang zwischen RAF und Jugendbewegung ist denn auch das zentrale Thema der Studie. Heinz Steinert u.a. untersuchen nicht die Dynamik zwischen den Mitgliedern dieser Gruppen. Sie bestehen darauf, dass sie lediglich aufeinander reagieren, wie auch die sie umgebenden „Linken“. Zwar kann man aus heutiger Sicht zeigen, dass die 1. Generation der RAF noch vergleichsweise nachvollziehbar handelte, bei den Nachfolgern war das Morden noch sinnloser. Die erste Generation ging – von Horst Mahler abgesehen – nicht freiwillig in den Untergrund, sie waren nach verweigertem Haftantritt anlässlich der Verurteilung (1968) wegen der Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung zur Fahndung ausgeschrieben. Erst die nächsten Generationen waren reine Überzeugungstäter. Die Auswahl der Mordopfer beschränkte sich – im Gegensatz zu heutigen Islamisten – auf wichtige Repräsentanten der wirtschaftlichen Elite. Bedroht waren ferner alle hochrangigen Politiker, die aus Angst vor Attentaten nur noch mit einem engmaschigen Polizeischutz leben konnten.

Vergleicht man die einschüchternden Effekte der RAF mit den heutigen, völlig unvorhersehbaren Bedrohungen durch den Terror von Islamisten, fällt auf, dass mittlerweile nicht mehr – wie zu Zeiten der RAF – die Elite, sondern jedermann Opfer werden kann. Bezweckt wird von Islamisten eine diffuse Atmosphäre von Furcht und Schrecken. Dennoch gleichen sich beide Formen des Terrorismus. Sie erschöpfen sich in der Erzeugung von Furcht und zwingen zu einer Sicherheitspolitik, die ein freies und sorgloses Leben erstickt. Beide haben auch keine stringente Verbindung zu einem wie auch immer gearteten „bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus“ oder „Kampf gegen den Westen“. Das sind in beiden ideologischen Lagern nur noch leere Phrasen. Auch fehlt jede instrumentelle Logik. Erklären kann man dies mit Gruppenprozessen, die bei Mitgliedern und Sympathisanten eine eigene Realität schaffen und die Wahrnehmung der Realität völlig vernebeln. Bei der RAF kam außerdem noch ein Überbietungswettbewerb innerhalb der damals entstehenden sog. „linken Bewegungen“ hinzu. Heute erscheint uns das gänzlich irrational.

Was damals und heute „links“ meinte oder zumindest meinen könnte, soll dennoch vorerst einmal dahin gestellt bleiben. Es scheint aber ein leerer Begriff zu sein. Leer sowohl für die „Linken“ als auch für diejenigen, welche gegen „die Linken“ polemisieren. Fragen wir also, was Menschen wie Gudrun Ensslin oder Ulrike Meinhof politisiert hat. Sie waren in ihrem Vorleben vor den ersten kriminellen Aktionen ernsthaft an einer Analyse interessiert.<sup>13</sup> Auch Horst Mahler war 1967 noch der prominenteste Anwalt der „linken“ Szene und ging erst 1969 in den Untergrund. Anlass war der absurdeste aller Zivilprozesse: die Schadensersatzklage „Springer gegen Mahler“ von 1968 (in gigantischer Höhe von 506.996,71 DM). Mahler wurde von Josef Augstein und Otto Schily anwaltlich vertreten.<sup>14</sup> Springer – als Zeuge eindringlich befragt – litt unter der von ihm selbst provozierten Situation, zollte aber später dem intensiv und zugleich fein nachfragenden Anwalt Schily höchsten Respekt.<sup>15</sup>

### Attraktivität und Elend der RAF-Mitglieder der ersten Generation

a) Ausgewählt wird im Folgenden *Gudrun Ensslin*. Sie war in den Augen ihres Anwalts Schily ernsthaft in der Lage, ihr politisches Ziel zu formulieren, so dass es sich für ihn lohnte, eine mustergültige Form der politischen Verteidigung zu erproben. Schily war 1968 ein noch unbekannter Strafverteidiger. Der Star der sog. linken Anwälte war damals Horst Mahler. Gudrun Ensslin musste sich am 14.10.1968 vor der vierten Strafkammer des Frankfurter Landgerichts wegen des 1967 zusammen mit Baader, Proll und Söhnlein verübten Kaufhaus-Brandes verantworten. Gebrannt hatte eine Matratze, angekohlt war ein Wandschrank. Es kam niemand zu Schaden, aber die Tathandlung war gefährlich, da eine selbstgebastelte Bombe den Brand ausgelöst hatte. Protestiert werden sollte gegen „die Gleichgültigkeit“ der Konsumgesellschaft und gegen den Vietnam-Krieg. Das Verhalten der Mitangeklagten im Prozess erinnerte an ein „agit-prop“-Theater. Das von Gudrun Ensslin gezeigte Verhalten war deutlich besser, aber dennoch sprunghaft und wenig überlegt. Zunächst gestand sie, dann widerrief sie das Geständnis. Wie sollte Schily da plausibel verteidigen? Dennoch versuchte er sie als Überzeugungstäterin zu inszenieren, die aus Empörung über den Vietnamkrieg ein „Zeichen“ setzen wollte. Er beantragte die Verlesung eines Textes von B. Russel. Doch der autoritäre Richter (Gerhard Zoebe) erwies sich – dem damaligen Zeitgeist entsprechend – als äußerst begrenzt in seiner juristischen Denkweise. Er ließ die Verlesung des Russel-Textes nicht zu, interessierte sich nicht einmal im Ansatz für eine Klärung der Schuld- und Strafzumessungsfrage. Schily versuchte dennoch in einem bemerkenswert emotionalen Schlussplädoyer den Vietnamkrieg als Schlüsselerlebnis seiner Mandantin darzustellen und sie als Gewissenstäterin zu zeichnen. Das Urteil ging jedoch auf diese subjektive Seite der Tat mit keinem Wort ein und zielte auf Abschreckung: drei Jahre ohne Bewährung. In der Revision kam Schily nicht weiter. Damit war – verkürzt ausgedrückt – für die Verurteilten Baader und Ensslin der Weg in den Untergrund vorgezeichnet.

Aber welchen politischen Hintergrund hatte die Verurteilte damals? Im Unterschied zu Ulrike Meinhof war sie als Doktorandin der Germanistik eher literarisch gebildet. Wie Gerd Koenen<sup>16</sup> und die Biographin Ingeborg Gleichauf<sup>17</sup> zeigen, lässt sich Gudrun Ensslin weder als rigide noch als fundamentalistisch charakterisieren. Sie war

offen für Neues. Allerdings veränderte sich dies, was schon an ihrem Vokabular deutlich wird. Ihre Sprache verwahrloste. Die bis dahin komplex formulierende Frau begann mit der Beziehung zu Baader, nur noch im „Freund-Feind-Schema“ zu reden und zu agieren. Sie begeisterte sich für Themen wie Kampf und Waffen, ihre Sprache verlor auch bei privaten Themen jede Empathie für andere (wie Briefe über die Beziehung zu den Eltern belegen). Ein politisches Konzept ist weder bei ihr noch bei Baader erkennbar – auch nicht in der Rückschau. Vermutlich hatte ihr Anwalt Schily zum Zeitpunkt des Frankfurter Prozesses etwas in ihr gesehen, was sich zwar hätte entwickeln können, das aber völlig überlagert wurde. Seine Mandantin war zum einen eine literarisch gebildete, politisch interessierte junge Frau, zum anderen aber bereits völlig von Baaders Brutalität fasziniert. Schilys zeichnete das idealisierte Bild einer Gesinnungsethikerin, teilweise eine phantasierte Person. Ensslin hätte zwar – mit einem anderen Freund und unter anderen sozialen und politischen Gegebenheiten – so sein können, wie Schily sie gesehen hat; nicht aber in dem Milieu, das sie sich gewählt hatte. Zweifellos ist ein wichtiger Faktor die – aus heutiger Sicht – bemerkenswerte Abhängigkeit von Baader. Eigentlich dominierten Mahler und Baader die RAF.

Bei den späteren Generationen der RAF verselbständigten sich deren Vorgaben völlig. Schilys heftige Abneigung gegen die Mörder der nächsten Generationen spricht Bände – sie wird schroff geäußert gegenüber Antje Vollmer, die ein Jahrzehnt später den Dialog mit den Inhaftierten suchte, um die aufgeheizte Atmosphäre zu entspannen; er zeigt dabei Zorn und eine wenig reflektierte, tief enttäuschte Reaktion. Sein Biograf Reinecke deutet dies mit einer angeblichen Wandlung. Das erscheint fraglich. Schilys Motiv, rechtsstaatliche Strukturen zu verteidigen, ist glaubwürdig durch sein ganzes Leben belegt. Er hatte offenbar gehofft, ein Kollege wie Mahler, den er ja als Verteidiger sehr gut kannte, und eine Gudrun Ensslin seien intellektuell in der Lage zu erkennen, dass selbst gutwillige Vertreter der Innenpolitik wie etwa der damalige Innenminister Baum und 20 Jahre später auch Schily selbst nicht durch Morde und revolutionäre Sprüche beeindruckt werden können.<sup>18</sup> Gewalt verhindert nun einmal Kommunikation.

b) Die RAF galt und gilt als die „Baader-Meinhof-Bande“. Dennoch soll hier nicht näher auf die einzige Person, die damals politisch ernst genommen wurde, eingegangen werden: die pointierte schreibende Journalistin Ulrike Meinhof. Der Grund ist einfach: wir wissen heute, dass ihre Kontakte zur Staatssicherheit der DDR sehr eng waren. Wie groß der Einfluss der DDR auf Meinhof war, kann man ohne Kenntnis dieses Geheimdienstmaterials nicht plausibel einschätzen. Dass diese Kontakte nicht ignoriert werden können, wird beispielsweise durch die Leichtigkeit bestätigt, mit der Horst Mahler Waffen besorgen konnte. Diese Kontakte korrespondierten vermutlich mit dessen Bereitschaft zum Seitenwechsel. Wichtig war Mahler dabei nur, dass eine Position so überzogen ist, dass sie seinem Drang nach Provokation entsprach. Ein Blick auf seine Bibliographie<sup>19</sup> zeigt die eigenartige Spreizung seiner Interessen.<sup>20</sup> Nach dem Zusammenbruch der sich sozialistisch nennenden Sowjetunion lässt er sich von Schily Hegels gesammelte Werke ins Gefängnis bringen und sieht die deterministischen Kräfte der Geschichte plötzlich wieder bei der „Nation“. Dies erklärt seine wachsende Neigung in Richtung NPD. Den Holocaust setzt er nun mit den bolschewistischen und stalinistischen Morden gleich, relativiert beides und „kämpft“ gegen das

Verbot der Leugnung des Holocausts, was ihm erneut Verurteilungen und schließlich auch eine Inhaftierung einbringt.

Die Leichtigkeit der Beschaffung von Waffen in seinem Leben als Terrorist erklärt sich durch den engen Kontakt zum Berliner V-Mann Peter Urbach. Der war schon 1969 behilflich, in einer Zeit, in der Baader und Mahler in den Untergrund gingen und Schießübungen machten. Rückblickend sind dies allerdings Gesichtspunkte, mit denen die Zeitgenossen der RAF in den 1970er Jahren noch nicht rechnen konnten. Heute wissen wir auch, dass der Berliner Polizist Kurras, der (nie bestrafte) Mörder von Benno Ohnesorg (1967), auch ein StaSi-Mann war. Welche Bedeutung derartige Kontakte hatten, wird vermutlich nie geklärt werden. Aber eines ihrer Ziele ist nicht schwer zu erraten: die *Destabilisierung* der Bundesrepublik. Das war im Interesse der DDR, passte aber auch ins Weltbild westlicher Geheimdienstler sowie der RAF-Akteure und ihres Umfeldes. Sie alle erhofften sich von einer Destabilisierung der erstarrten und noch von Alt-Nazis geprägten Verhältnisse eine „Bewegung“. Es fragt sich nur, wohin? Aber so, wie die sich „radikal links“ Nennenden es anstellten, verhinderten sie eher Reflexionen, als dass sie plausibel machten, dass man gegen „US-Imperialismus“ kämpfen müsse. Die Kampf-Parolen klangen zwar für Möchtegern-Linke besser als eine kühle Politik der Destabilisierung der BRD, aber der Sache nach war es nichts anderes. Auch wenn derartiges im Interesse der DDR war – niemand wollte in Westdeutschland eine Planwirtschaft einführen oder hätte das als „Sozialismus“ verklärt. Schon damals lässt sich also die „*frappierende Ziellosigkeit*“ feststellen, die Gerd Koenen heute bezogen auf die „interventionistische Linke“ in Hamburg konstatiert.

## 5. Was heißt heute „links“?

Armin Nassehi (s. Anm. 5) bestätigt das, was hier eingangs unter Berufung auf Reemtsma dargelegt wurde: „Gewalt“ ist attraktiv, aber mit einer instrumentellen Logik nicht zu verstehen. Er geht noch einen Schritt weiter und bezeichnet die heute gängigen Ziele von Linken (im weiten Sinne) als *Sympathie-Paradox*: Es gibt nur noch wenige Menschen, die etwas gegen die Gleichberechtigung aller Menschen haben (notorisch Gleichheit genannt, was auf Ergebnisgleichheit hindeutet), niemand befürwortet die Kriege oder billigt die Armut in der Welt. Auch akzeptieren fast alle Beobachter der globalisierten Welt, dass die gegenwärtige Weltwirtschaft zwar Vorteile bringt, aber hässliche Kehrseiten hat: Ausbeutung, verschärfte ökonomische Ungleichheit und Naturzerstörung. Da „links“ nur beschrieben werden kann mit einem Blick auf „rechts“, analysiert Nassehi deren Dilemma. Verlautbarungen der extremen Rechten laufen auf eine öde Polemik gegen Europa, gegen Fremde, gegen eine offene Migrationspolitik hinaus, sie bejahen teilweise eine völkische Identitätspolitik und wehren sich gegen Vielfalt. Damit haben sie ein *Antipathie-Paradox*. Zwar können Realpolitiker die Probleme nicht lösen, die von den extremen Rechten angeprangert werden; aber die Populisten können auch nicht sagen, wie denn illegale Migration eingedämmt werden soll. Sie findet statt. Kluge Antworten sind schwierig. Was die „Linken“ betrifft, so haben sich spätestens seit den 1980er Jahren<sup>21</sup> und dann ganz deutlich nach dem Ende des Kalten Krieges die Utopien erschöpft (so Habermas 1985). Es

geht nun darum, die komplexen Vor- und Nachteile konkreter politischer Schritte abzuwägen und offen zu sein für konstruktive Ideen und umfassende Dialoge. Marx ist als historischer Autor wieder interessant geworden, aber die politische Botschaft von Leninisten ist obsolet. Selbst die Kapitalismuskritik ist nur noch als Satire kommunizierbar: „*Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung*“ (so Ulrike Herrmann).

Was bedeutet es nun, wenn Aktivisten ankündigen, gewaltsam ein Gipfeltreffen zu blockieren? Dies ist ein überholtes Ritual. Die Blockade soll Gruppenerlebnisse schaffen. Selbst wenn man das G20-Treffen als „politisches Theater“ ablehnt, so gilt auch umgekehrt, dass eine Blockade völlig sinnlos ist. Sie hat mit Demonstrationen wenig bis nichts zu tun. Kritik an den Folgen der Globalisierung ist wichtig; aber es ist unangemessenen, solche Gipfel verhindern oder erschweren zu wollen. In einer medial hochgerüsteten Welt ist auch „Theater“ unvermeidbar. Die angekündigte Blockade war nicht mehr als ein Ritual. Dass es gewaltsam umgesetzt werden sollte, zeigt die Brisanz. Schon der Name der Demonstration „*welcome2hell*“ zwingt zu einem großen Polizeiaufgebot. Zu behaupten, die Gewalt sei „Gegengewalt“ und der „Krawall“ lediglich eine Folge von verfehlter Polizeitaktik, ist schief. Selbst wenn die Polizeistrategie verfehlt gewesen sein sollte, rechtfertigt das keine Nachsicht mit dem Ziel einer Blockade und der Taktik schwarzer Blöcke.

## 6. Was war und ist so attraktiv an sinnentleerten Protesten?

Kommen wir zur Anfangsfrage zurück: Gibt es einen strukturellen Unterschied zwischen „rechtem“ (PEGIDA) und „linkem“ Protest? Offensichtlich sind nur die inhaltlichen Unterschiede. Aber kann man – jenseits der sympathischen oder unsympathischen Phrasen, also den grundlegend verschiedenen *Inhalten*, ferner den kulturell sehr verschiedenen *Ritualisierungen* und den inhaltlich äußerst gegensätzlichen „Systemkritiken“ – Gemeinsamkeiten erkennen? Nach der bisher dargelegten Analyse sind es die fehlenden politischen Ziele und Konzepte. Wer sich in *leerer Empörung* erschöpft, sollte seine Meinung zumindest friedlich äußern. Aber was könnte durch leere Forderungen bezweckt werden? Wollen die Veranstalter von PEGIDA etwa der AfD zu hohen Stimmenanteilen verhelfen? Kurzfristig mag ein gewisses Medienecho dazu führen, aber dieser Effekt verpufft schnell. Letztlich gehen sie in die *Antipathie-Falle*. Ähnlich sieht es bei der „interventionistischen Linken“ aus. Ein Krawall wie in Hamburg (oder an anderen Orten) bringt für „Die Linke“ sicher keine Stimmen. Ihre politischen Gegner überschlagen sich nun mit reflexartig geäußerten, aber letztlich ebenfalls ins Leere laufenden Gesetzesverschärfungen. Krawall und die anschließenden Debatten übertönen zunächst einmal jedes Argument. Blockade-Politik ist die mittlerweile völlig veraltete Form einer – vor 50 Jahren gut nachvollziehbaren und tendenziell mehrheitsfähigen – außerparlamentarischen Opposition. Unter den Bedingungen einer moderaten institutionalisierten Politik, verfehlen solche Vereinfachungen die komplexen inhaltlichen Fragen, die sich in einer global vernetzten Welt stellen.

Was könnten die Lehren aus der Fehleinschätzung der Hamburger Einsatzleitung sein? Mehr Repression ist sicher der falsche Weg, weil die einzelnen, eindeutig krimi-

nell handelnden jungen Männer nicht diejenigen sind, die solche Szenarien zu verantworten haben. Es waren Akademiker und Veranstalter aus Hamburg, Anwälte wie die in Hamburg agierenden Andreas Blechschmidt<sup>22</sup> und Andreas Beuth, sowie die Organisatoren der Roten Flora.<sup>23</sup> Sie müssten eigentlich gesellschaftlich zur Rechenschaft gezogen werden. Es hängt also davon ab, wie reflektiert die Hamburger Bürgerschaft künftig agiert. Mit Schuldzuweisungen kommt man jedenfalls nicht weiter, sondern nur mit einer klaren gesellschaftlichen Ächtung von Phrasen wie „Kampf dem US-Imperialismus“. Möge doch die Rote Flora in Kooperation mit Bildungseinrichtungen der Stadt Hamburg diese leere Formel füllen. Gelingt ihr dies nicht, was fast zu vermuten ist, dann hätten alle Beteiligten gelernt, dass Politik mit widersprüchlichen Wirkungen und paradoxen Effekten rechnen muss.

Eine internationale Datei derer, die auf Demonstrationen aufgefallen sind, scheint ebenfalls wenig geeignet, präventiv zu wirken. Noch weniger macht es Sinn, das Verummungsverbot zu lockern. Jene, die friedlich demonstrieren wollen, müssen nach den Hamburger Ereignissen akzeptieren, dass die Organisationsform „Schwarzer Block“ nicht toleriert werden kann. Aber auch diejenigen, welche eine „bunte Reaktion“ suchen, könnten auf einem illusionären Weg sein. Wenig Sinn macht „*Rock gegen links*“, wenn alle wissen, dass die linken Ziele ja eigentlich gut sind, aber ...<sup>24</sup> Im Unterschied zur „extremen Rechten“ befinden sich gemäßigte „Linke“ im *Sympathie-Paradox*. Man kann nicht „dagegen“ sein, also auch nicht musikalisch gegen „Linke“ ansingen. Alle, die an öffentlichen Debatten teilnehmen, müssen sich also zwingen, etwas konkreter zu werden.

**PROF. DR. MONIKA FROMMEL** Jahrgang 1946, ist promovierte Rechtswissenschaftlerin und habilitierte 1986 mit einer Untersuchung über „Präventionsmodelle in der deutschen Strafzweck-Diskussion“. Nach einer Professur für Rechtsphilosophie und Strafrecht an der Universität in Frankfurt am Main (1988 - 1992) erfolgte 1992 der Ruf an die Kieler Christian-Albrechts-Universität, wo sie bis zu ihrer Emeritierung im September 2011 das Institut für Sanktionenrecht und Kriminologie leitete. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören die Kriminologie aus feministischer Perspektive sowie das Sexualstrafrecht. Frommel ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Neue Kriminalpolitik* und Mitglied im Beirat der Zeitschrift *Kritische Justiz* sowie der Humanistischen Union.

## Anmerkungen:

- 1 Die Bereitschaft dieser Gruppen zu massiver Gewalt ist der Hamburger Innenbehörde seit einigen Jahren bekannt: <http://www.hamburg.de/innenbehoerde/linksextremismus/9100808/autonome-szene-organisatoren-welcome-to-hell/>.
- 2 S. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166681695/Hiesse-es-Braune-Flora-wuerden-alle-sagen-Schluss-damit.htm>.
- 3 S. <https://web.archive.org/web/20071219202123/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/forum/rede3.html>.
- 4 Reemtsma, Vertrauen und Gewalt, 2009, S. 104-116.
- 5 Vgl. hierzu Armin Nassehi, <http://www.zeit.de/kultur/2017-07/g20-linke-gewalt-kapitalismus-kritik-globalisierung-essay/komplettansicht>.
- 6 Gerd Koenen, Frappierend ziellos, DIE ZEIT Nr. 29/2017 vom 13.7.2017, S. 19.
- 7 Derartige Gruppen gibt es in zahlreichen Städten, auch international vernetzt.
- 8 <http://www.abendblatt.de/hamburg/article211218255/G20-Gipfel-Alle-Gewalttaeter-vom-Dach-schon-wieder-frei.html> (download vom 13.07.2017). Natürlich hat die Überforderung der vor Ort tätigen Polizisten eine Vorgeschichte. Sie hatten langfristig den Schutz des Gipfels als Priorität gesetzt (s. <http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/scholz-unter-druck-internes-polizeipapier-schutz-des-g-20-gipfels-hatte-vorrang-15106511.htm>). Als dann die Frage nach der Priorität akut wurde und auch noch das Leben und die Gesundheit der Polizisten gefährdet schien, entschieden die Einsatzleiter zugunsten ihrer Leute. Aber dennoch hatte niemand mit einer derartig heftigen Blockade gerechnet und solch tatkräftiger Unterstützung durch eigentlich Nicht-Betroffene (etwa die sog. Riot-Kids). Das kann man kritisieren, aber nicht in Form einer Schuld-Umkehr. Die Täter sind klar. Die Kontrolle hätte allerdings „noch besser“ sein können. Vgl. hierzu aus polizeitaktischer Sicht Joachim Kersten: <http://www.spiegel.de/video/g20-gipfel-in-hamburg-kriminologe-kritisiert-polizeieinsatz-video-1781487.html> (Abruf am 13.7.2017).
- 9 Die Polizei erwartete Hausbesetzungen und hatte eine Vielzahl von Schlüsseln. Aber dass von den Dächern mit der Gefahr lebensgefährdeter Verletzungen Geschosse auf Polizisten geworfen werden könnte und bereits gehortet worden waren, mit so viel Zerstörungswut rechnete sie nicht. Erst ein paramilitärisches SEK beendete diesen Irrsinn.
- 10 Heinrich Popitz, Realitätsverlust in Gruppen, in: Pohlmann/Eißbach (Hrsg.), Soziale Normen, Frankfurt/M. 2006, S. 175 ff.
- 11 Bundesminister des Innern (Hrsg.), „Analysen zum Terrorismus“, erschienen im Westdeutschen Verlag, Opladen 1981-84. Zitiert wird hier aus Band 4/2 (hrsg. v. Fritz Sack / Heinz Steinert, Protest und Reaktion, Opladen 1984), v.a. der Beitrag von Heinz Steinert u.a., Sozialstrukturelle Bedingungen des „linken“ Terrorismus der 70er Jahre (S. 388-601), der u.a. auch auf die Entstehung der „Neuen Linken“ eingeht (S. 512). Auftraggeber waren Werner Maihofer (Bundesinnenminister 1977) und sein späterer Nachfolger Gerhard Baum. Beide wollten nicht nur eine polizeitaktische Beratung, sondern auch verstehen, was die RAF so attraktiv machte für die Generation der sog. Studentenbewegung 1968. Rückblickend wundert sich Joachim Radkau (Geschichte der Zukunft, 2017, S. 321), wieso der Tod von Baader und anderen zu einem Ereignis wie den „Deutschen Herbst“ 1977 stilisiert werden konnte. Viele der damaligen Linken empfanden dies als „tiefe Zäsur“, welche von „Nachgeborenen“ nur schwer nachempfunden werden kann (etwa die Bürgerkriegs-Stimmung und die Wut). Zweifellos entstand aber eine „Linke“, die auf „Authentizität“ Wert legte und die Last der Theorien abstreifte.
- 12 Henner Hess, Terrorismus: Quo vadis, in Kemmesies (Hg.) Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur, BKA 2006, 105-150.
- 13 Allerdings war Ulrike Meinhof auch eine Agentin der StaSi, die sich nicht zu schade war, Reich-Ranicki auszuforschen, ob er im Warschauer Ghetto „kollaboriert“ hätte, vgl. hierzu <http://literaturkritik.de/id/7033>.

- 14 Vgl. den Bericht und das Foto der drei gepflegt auftretenden Herren bei Stefan Reinecke, Otto Schily, 2003, S. 106. Dieser Prozess dürfte der Anfang vom absteigenden Zick-Zack-Weg des damals noch angesehenen Anwalts Horst Mahler sein.
- 15 Gerhard Mauz nannte das am 4.03.1970 „den Ritterschlag“ für den Rechtsanwalt Otto Schily, vgl. Reinecke (Anm. 14), S. 112.
- 16 Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader, 2005.
- 17 Ingeborg Gleichauf, Poesie und Gewalt. Das Leben der Gudrun Ensslin, 2017.
- 18 Bestätigt wird diese Einschätzung, welche der Sicht von Reinecke widerspricht, durch die Debatte zwischen Emily Laquer und Otto Schily nach der Hamburger Randalie. Schily trennte immer sehr genau zwischen politischer Kritik und der Wahl der Mittel. Außerdem erkannte er, dass schon in den 1970er Jahren nicht ein Systemwechsel (die ritualisierte Redeweise vom Sozialismus) das Thema sein konnte, sondern konkrete Kritik an empirisch belegbaren Missständen, s. <https://www.welt.de/vermischtes/article166301127/Schily-laeuft-gegen-altkluge-Linksextremisten-zur-Hoehchstform-auf.html>.
- 19 Unter „Günter Rohrmoser“, einem rückwärtsgewandten, sich als Hegelianer gebenden Philosophen mit deutlich erkennbaren totalitären Vorlieben (eher „rechts“ als „links“), finden sich auf Wikipedia die Schriften von Horst Mahler (abgerufen am 14.07.2017): <https://web.archive.org/web/20071219202123/http://www.deutsches-kolleg.org/hm/forum/rede3.html>
- 20 Hier wurde nur die absurde Freundschaft zwischen Mahler und Rohrmoser ausgewählt, um die Neigung Mahlers zum Seitenwechsel zu belegen. Hinzugefügt sei hier, dass in Weikersheim nun viele Anhänger der AfD weilen. Rohrmoser war in diesem obskuren Umfeld bestens vernetzt: <https://gaywest.wordpress.com/2007/04/20/weikersheim-rohrmoser-und-die-liberale-dekadenz/>.
- 21 Jürgen Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit, 1985.
- 22 S. [http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_81661532/g20-gipfel-anwalt-der-roten-flora-angezeigt.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_81661532/g20-gipfel-anwalt-der-roten-flora-angezeigt.html)
- 23 Bezeichnend die unsägliche Stellungnahme am Ende der Krawalle von Emily Laquer: „Auch Schwarz, also die Autonomen, ist ein Teil von Bunt.“
- 24 S. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsrock-event-eine-thueringische-kleinstadt-schlaegt-alarm-15106844.html>.

Michael Brie

## Die Gewalt, der Protest, der Antikapitalismus und die Linke

Bei aller Kritik an den Ausschreitungen während des Hamburger G20-Gipfels sollte die Linke den Gewaltbegriff nicht leichtfertig aufgeben, meint Michael Brie. Welche Bedeutung ein differenzierter Gewaltbegriff für die Praktiken Zivilen Ungehorsams hat und welche Debatten innerhalb der Linken um den Gewaltbegriff zu führen wären, skizziert Brie im folgenden Beitrag. Er bezieht sich auf Monika Frommels vorstehenden Text.

Die Reaktionen auf die Entfesselung von Gewalt im Schanzenviertel am 7. Juli während des G20-Gipfels hallen nach. Und dies ist gut so. Der Gegengipfel und die GegenDemonstrationen gingen in der breiteren Öffentlichkeit unter in den Bildern brennender Barrikaden, geplündelter Geschäfte, zerstörter Autos und triumphierender junger Männer mit Stangen vor Polizisten in voller Kampfmontur. Wer die Produktion der Bilder beherrscht, beherrscht die Ereignisse. Und dies haben einige Hundert Autonome der linken Szene aus Deutschland und Europa brillant geschafft. Sie haben den kreativen, bunten, friedlichen Protest vieler Tausender enteignet. Denn ohne diesen Protest der Vielen wäre die Imaginierung des Bürgerkriegs durch Wenige ein sinnloses Gehebe. Aber verbunden mit einer breiten Bewegung und legitimiert durch gemeinsame Ziele erhielt die inszenierte antistaatliche Gewalt ihre große Bedeutung.

Wer erinnert sich noch an die Demonstration auf der Binnenalster am 2. Juli mit 130 Booten, organisiert von B.U.N.D. bis hin zu Greenpeace, DGB und WWF. Ein Kohlefrachter erhielt die Parole „End Coal“ verpasst. Von den öffentlichen Straßenparties am 4. Juli ist vor allem die Räumung der Kreuzung Neuer Pferdemarkt mit Wasserwerfern bekannt. Die Protestcamps bleiben im Gedächtnis, weil die Behörden der Stadt sie aus dem Zentrum verbannen wollten und zu Schikanen griffen. Die wunderbare Kunstperformance „1000 Gestalten“ von Hamburger und Berliner Künstler\_innen hat zumindest eindrucksvolle Bilder grauer trauriger Figuren hinterlassen, die plötzlich ganz farbig wurden. Es gab einen „Gipfel für globale Solidarität“ und vieles andere bis hin zur Abschlussdemonstration am 8. Juli mit 50 bis 80 Tsd. Teilnehmer\_innen.

Beherrscht wird im öffentlichen Gedächtnis aber alles von einem Ereignis, dass in Wikipedia so beschrieben wird:

„Nach Polizeiprotokollen bewaffneten sich [am 7. Juli] ab etwa 19:00 Uhr rund hundert Personen im Schanzenviertel mit Eisenstangen, zündeten

vor der Roten Flora ein Feuer an und bewarfen Einsatzkräfte mit Böllern. Daraufhin verlegte die Polizei Wasserwerfer und weitere Einheiten vor die Straße Schulterblatt. Gegen 20:00 Uhr wuchs die Menge auf rund 500 Personen, die weitere brennende Barrikaden errichteten. Nach 21:00 Uhr rückten Polizeikräfte gegen sie vor, zogen sich aber nach Bewurf mit Steinen und Flaschen wieder zurück. Dabei feuerten sie Gasgranaten und einen Warnschuss ab. Gummigeschosse waren nach Polizeiangaben wegen Querschlägergefahr untersagt. Ab 21:31 Uhr verweigerten die Einsatzkräfte wegen befürchteter Lebensgefahr Duddes Befehl zum Vorrücken. Er forderte daher Spezialkräfte (SEKs) an. In diesen Stunden brachen verschiedene Täter in einige Läden ein und plünderten sie. Andere schossen nach Polizeiangaben mit Zwillen auf die Einsatzkräfte. Einige warfen vom Dach des Hauses Am Schulterblatt 1 Gesteinsbrocken auf Polizisten und einen angezündeten Gegenstand, der verlosch (laut Polizei ein Molotowcocktail). Zwei SEKs räumten am Schulterblatt neun Gebäude, schossen anfangs Gummigeschosse auf eine Dachkante und richteten Ziellaser auf Personen. Zum Räumen benutzten sie Spezialmunition und laute Ablenkungsmunition. Laut Kommandoführer ergaben sich die gestellten Personen sofort; Angriffe auf Polizisten unterblieben.“ (Wikipedia 2017)

## Gewalt und „Gewalt“

Es gab aus den verschiedensten Strukturen linker Organisationen viele Stellungnahmen. Sarah Wagenknecht verurteilte das Handeln der Autonomen im Schanzenviertel mit den Worten: *„Diese Gewalttäter sind keine Linken, das sind Kriminelle“* (Bild-Zeitung 2017). Dies ist der Weg der politischen Exkommunikation. Egbert Scheunemann, ein linker Anwohner aus dem Schanzenviertel, schrieb, dass, wer so handle, *„ein politik-analytischer und -strategischer Vollidiot“*, *„ein primär testosterongesteuerter, oft alkoholisierter jungmännlicher Triebtäter“* (Scheunemann 2017) sei. Dies ist der Weg der psychoanalytischen Entsorgung. Er trifft auch empirisch nicht, liest man die Berichte über das taktische Geschick, die Umkleidepraktiken, die Versuche, die eigene Gewalt unter Kontrolle zu halten, damit keine dauerhaften Personenschäden auftreten. Monika Frommel geht mit Verweis auf Jan Philipp Reemtsma eine ähnlichen Weg, indem sie die ausgeübte Gewalt als Selbstzweck versteht und den gewalttätigen Akteuren *„zielgerichtetes Verhalten“* (S. 93) abspricht. Es gäbe keine *„instrumentelle Rationalität“*. Wie Reemtsma schreibt, würde durch Gewalt *„der Einzelne in den Status der Machtwillkür“* (Reemtsma 2015, 13) eingesetzt. Und die Gruppe sei es, die dies verbürge. Der Ausstieg aus der Bürgerlichkeit und der Einstieg in die organisierte Gewalt biete eine ungeheure Steigerung von Lust am eigenen Leben. Reemtsma schreibt: *„Die narzisstischen Gewinne aus Bürgerlichkeit fallen bescheiden aus. Sie sind schmal, stellen sich gelegentlich [...] ein [...]. Demgegenüber sind die narzisstischen Gewinne aus der permanent die Zugehörigkeit als Grandiosität wertenden Prämierung durch die Gruppe immens, nebst der Li-*

zenz, Identität, sprich: Einzigartigkeit aus der existentiellen Aktion der Zerstörung zu gewinnen.“ (ebd., 14).

Es ist unbestreitbar, dass es diese Gewinne gibt. Die Thriller, Krimis, Computerspiele sind Formen, in denen diese Gewinne in „sublimierter“ Form eingefahren werden. Dies gilt für andere Formen der Lust auch – in der Liebe, dem Sport, dem Sex, der Kunst, der Muße.<sup>1</sup> Gewalt hat aber ein Alleinstellungsmerkmal: „Eine Tat wird zur Gewalt, wenn sie den anderen, die andere bewusst zu verletzen sucht, seine, ihre leibliche und psychische Integrität absichtsvoll bedroht, ihn, sie deshalb zielgerichtet in (Todes-)Angst versetzt“ (Brie 2008, 105)<sup>2</sup>. Von Gewalt muss dann gesprochen werden, wenn eine „absichtsvolle physische (und psychische – M. B.) Verletzung von Menschen durch Menschen“ erfolgt (Nunner-Winkler 2004, 28).

Monika Frommel macht es sich deshalb viel zu leicht, wenn sie gegen die „rituell beschworene Unterscheidung zwischen ‚Gewalt gegen Sachen‘ und ‚Gewalt gegen Personen‘“ polemisiert und im gleichen Satz hinzufügt: „wobei Polizisten – was ja bemerkenswert ist – nicht als Personen, sondern als Repräsentanten der Staatsgewalt umdefiniert werden“ (S. 91). Diese Unterscheidung ist aber politisch, ethisch wie auch strafrechtlich relevant und sollte nicht eingeebnet werden. Die Autonomen diskutieren sie intensiv. Würde ich im Gebirge einen Stein auspeitschen, wäre dies vielleicht ein Zeichen, ich müsste mich abreagieren und der Stein wäre symbolischer Stellvertreter einer oder eines anderen. Zur Gewalt gegen Sachen wird dies nur, wenn ich damit in die Verfügungsrechte anderer über diese Sachen eingreife, zum Beispiel durch Zerstörung oder Beschädigung eines Gegenstandes, der anderen gehört oder durch andere genutzt wird. Es kann dies eine legitime Form des Protests gegen ein enormes Machtgefälle und das Fehlen alternativer Widerstandsformen sein. Ein historisch gut belegtes Beispiel sind die Ludditen, die vor dem Hintergrund des Verbots gewerkschaftlicher Organisationsmöglichkeiten und brutaler Lohnpraktiken zur Zerstörung von Maschinen schritten (Bailey 1998). Eric Hobsbawm sprach von einem „collective bargaining by riot“ (Hobsbawm 1952). Die herrschenden Kreise Großbritanniens antworten mit einem Gesetz, das die Zerstörung von Maschinen unter Todesstrafe stellte. Der Dichter Byron feierte ihren Kampf in seinem *Song of the Luddites* als Beitrag zur Freiheit. Das „Schottern“ der Gleise für Castor-Transporte und das Anketten von Aktivist\_innen, um die Züge zu blockieren, hatte eine ähnliche Funktion. Es ist dies ziviler Ungehorsam, dessen Legitimation umstritten ist. Gesetzliche Regeln werden bewusst gebrochen mit Verweis auf eine Gewissensentscheidung, deren Normen als höher eingestuft werden (King 1969). Die sog. Gewalt gegen Sachen im öffentlichen Raum mit Bezug auf politische Ziele ist nichts anderes als ziviler Ungehorsam. Überschritten wird eine Grenze, wenn billigend oder auch nur durch Nachlässigkeit die Gefährdung von Menschen in Kauf genommen wird. Ziviler Ungehorsam verlangt höchste Verantwortung und Kontrolle, damit dies nicht geschieht. Denn dann würde sie zur Gewalt. Positionen, bei denen Menschen qua Amt zu Sachen gemacht werden, wie Monika Frommel bemerkt (Polizist\_innen, Politiker\_innen, Manager\_innen, Ausländer\_innen), ebnen ihrerseits die genannte Differenz zwischen Gewalt gegen Personen und Beschädigung von Dingen ein. Solange es aber ein „utopisches Gefälle“ zwischen den immer neu definierten Menschenrechten und positivem Recht gibt (Habermas 2010) – also auf Dauer, bleibt das Problem des zivilen Ungehorsams virulent. Das Verwischen der Diffe-

renz zwischen Gewalt und Aktionen, die den verantwortungsvollen Eingriff in Eigentumsrechte des Staates oder von Unternehmen einschließen, würde von der einen Seite jeden zivilen Ungehorsam unmöglich machen, oder von der anderen Seite das Tor zum Terror öffnen, wie es für die RAF charakteristisch war, auf die sich Monika Frommel bezieht.

### Die Besonderheit politisch legitimer Gewalt

Tatsächlich gibt es Gemeinsamkeiten bei Gewalt und sie hat ihre Attraktivität, nicht zuletzt als lebensweltlich genussvolle Erfahrung der Täter. Der Ruf der Autonomen, dass die Freiheit in den Pflastersteinen liegt, drückt dies aus. Es gibt aber einen Unterschied zwischen unpolitischer und politischer Gewalt, auch wenn dieser Unterschied wie jeder andere fließend ist. Politische Gewalt (durchaus im weiten Sinne verstanden) braucht einen Raum der Unterstützer\_innen und eine noch breitere Szene von Sympathisant\_innen. Ohne diese Räume und Szenen ist es bloße kriminelle Gewalt und unterliegt breiter Ächtung. Wenn sich Minderheiten also, wie die linken Autonomen, auf gemeinsame Werte und Ziele der Linken beziehen, dann hat dies Konsequenzen für die Autonomen selbst und die breitere Linke.

Erstens haben diejenigen, die zu Gewalt greifen und dies politisch rechtfertigen, ein Problem. Die Propagandaanstrengungen sind gewaltig. Jede Gewalt ist in ihrer konkreten Form und Gestalt legitimationsbedürftig in einem öffentlichen Umfeld, von dem ihre Wirkung abhängt. In Hamburg waren offensichtlich Molotowcocktails verpönt. Es ist auch kein Zufall, dass seit vielen Jahren von der linken Szene in Deutschland keine tödlichen Terroranschläge verübt wurden. In der autonomen Szene finden intensive Diskussionen zu diesen Fragen statt. Offensichtlich sind dieses Mal (oder nur: bisher?) andere strategische wie taktische Schlussfolgerungen gezogen worden als in den 1970er Jahren. Auch wenn Monika Frommel es nicht hören will, so sind diese Akteur\_innen aus der autonomen Szene vielleicht doch „nicht doof“ und man braucht auch den Dialog. Gemeinsam sind den Akteur\_innen dieser Szene folgende Merkmale, auf die Sebastian Haunss verweist: „1. *Der Anspruch einer subjektivistischen Politik, die individuelle Selbstveränderung als mindestens ebenso wichtig ansieht wie die Veränderung der Gesellschaft [...].* 2. *Eine Ablehnung traditioneller institutioneller Formen [...].* 3. *Eine grundsätzliche GegnerInnenschaft zur herrschaftlichen (kapitalistischen) Ordnung der Gesellschaft.*“ (Haunss 2008, 509f.) Diese Gemeinsamkeiten werden aber durch harte Differenzen in Frage gestellt.

Schon seit längerem zeichnet sich eine Spaltung der Szene ab zwischen jenen, die in der Linie von *Tiqqun* auf die Inszenierung des Aufstandes und Bürgerkriegs setzen, und einer postautonomen Linken, die Militanz im Rahmen des zivilen Ungehorsams praktizieren will. Die Gruppe *Tiqqun* steht für jene kommunistischen Tendenzen, die sich vor allem durch den radikalen Bruch mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in jeder ihrer Gestalten definieren. Ihr Aufruf als *Unsichtbares Komitee* entstand vor dem Hintergrund der Unruhen in den Pariser Banlieus im Herbst 2005. Es werden die Sprache und der Gestus der entschiedensten Rebellion und des offenen Krieges kultiviert. Der unvermittelte Gegensatz, die direkte Konfrontation, die Suche nach

dem sofortigen Ausstieg stehen im Zentrum. *Tiqqun* reduziert alle gesellschaftlichen Interaktionsformen jenseits gemeinschaftlich geteilter Lebensformen auf Bürgerkrieg. Damit wird erstens behauptet, das Handeln stets nichts anderes als strategisch sei (siehe ebd.). Dies löst gesellschaftliche Interaktion in bloße Machtanwendung auf. Alles Handeln scheint nur Zweck-Mittel-Relationen zu folgen. Zweitens: Während es bei Foucault heißt, der Bürgerkrieg sei die „*Matrix aller Machtstrategien*“ (zitiert in Unsichtbares Komitee 2014, 6), wird bei *Tiqqun* jedes gesellschaftliche Handeln unmittelbar zum Bürgerkrieg und nicht nur nach dessen Vorbild geformt.<sup>3</sup> Solche Konzeptionen mit ihrer Verklärung des „Kriegers“ und dem völligen Ausstieg aus der etablierten Gesellschaft sind geeignet, die Okkupation des Schanzenviertels als „befreite Zone“ und „*Oase der Freiheit*“ (so durch *respect existence* auf der mittlerweile gesperrten Plattform *Indymedia* am 23. Juli 2017) zu legitimieren. Aber nach den Hamburger Tagen war aus genau jenen Gruppen auch das ambivalente Resümee zu lesen: „*Es war ein Rausch, inmitten der Polizeifestung einen Raum der Freiheit zu erschaffen. Doch bald kamen auch Zweifel ... Wir haben für ein paar Stunden ein Utopia geschaffen, und es war wieder bestimmt von Gewalt.*“

Aus der von Monika Frommel mit den Gewaltaktivist\_innen identifizierten *Interventionistischen Linken (IL)*, die einen zwar militanten, auf zivilen Ungehorsam setzenden, aber gewaltlosen Protest befürwortet hatte, kamen nach Hamburg die folgenden Stimmen:

„Wir haften für Dinge, die wir nicht organisiert haben und werden zum Regenschirm für Aktionen, die uns mehr schaden als nutzen. [...] Vor den Protesten warb die IL ‚Hamburg wird in diesen Tage[n] zur Stadt für alle werden – Alle werden unseren rebellischen Willen zur Demokratie von unten spüren.‘ Eingetreten ist das Gegenteil. Schuld daran ist nicht nur die böse bürgerliche Presse. Die Wut gegen die Linke kommt von unten und ist authentisch. Das Video einer Anwohnerin, dass schwarz gekleidete Autonome beim Anlegen ihrer Zivilkleidung zeigt, wurde auf Facebook zum viralen Knaller. Der Kommentar lautete ‚Erst meine schöne Stadt & mein schönes Viertel zerstören und sich dann als Zivillist wieder ins Getümmel stürzen – FEIGE, DUMM & WIDERLICH‘. Der Post wurde 12.000 Mal geteilt und 800.000 mal geliked – Zahlen, die wir mit unseren Mitteilungen und Aktionsvideos noch nie erreicht haben. [...] Es ist keine Schwäche, sondern ein notwendiges Bildungsprojekt, der Welt da draußen beizubringen, dass es unterschiedliche Linke gibt mit unterschiedlichen Strategien – und dass manche davon nicht weiterhelfen. Dieser Aufgabe können wir uns nicht durch ‚wir distanzieren uns nicht‘-Floskeln entziehen, weil es nicht der richtige Weg ist – und, nebenbei, auch schlicht nicht funktioniert.“ (Interventionistische Linke (mimi, terz, Ti-tow) 2017)

Hintergrund sind Analysen, die deutlich machen, dass „*produktive Allianzen zwischen Gruppen und Strömungen des Linksradikalismus, der Neuen Sozialen Bewegungen und der Gewerkschaftsbewegung*“ (Hoffrogge 2015, 1204) notwendig sind. Damit diese aber zu-

stande kommen, verbieten sich bestimmte Praktiken als Spaltungsformen, die jede Kooperation unmöglich machen. Und dabei geht es vor allem um Gewalt im genannten engeren Sinne.

## Die Grenzen der Kooperation

Die breitere Linke muss sich die Frage stellen, ob sie weiterhin bereit ist, jenen Raum bereit zu stellen, den gewaltbereite Linksautonome brauchen, um ihren Bürgerkrieg zu inszenieren. Bisher wurde von relevanten Akteur\_innen dieser Frage ausgewichen, seitens der *Interventionistischen Linken*, Teilen der sozialen Bewegungen und Initiativen, auch aus Teilen der Partei DIE LINKE. Man feiert es als Erfolg, sich nicht habe spalten zu lassen (Wilde 2017). Auch vom Falschen dürfe es keine Distanzierung geben, denn, so Karl-Heinz Dellwo: *„Das Falsche im Aufbruch gehört dazu, wenn wir etwas ändern wollen, wenn wir wieder einen Begriff von Kommunismus, vom anderen Leben, von kollektiver Subjektivität und einem vom Menschen ausgehenden Lebenssinn entwickeln wollen“* (Dellwo 2017). So wurde bei der Demonstration *Welcome to Hell* nicht nur ein schwarzer Block zugelassen, sondern er konnte sogar den Zug anführen, bildete seine „Speerspitze“. Es wurden keine eigenen Ordnungskräfte eingesetzt, um Gewalt seitens der Demonstrant\_innen zu verhindern und auch nicht, um das Schanzenviertel vor Bränden zu schützen. Dabei hatten anreisende Autonome schon beim Verlassen der Züge skandiert: *„Macht ihr uns die Zelte platt, nehmen wir uns die ganze Stadt.“* In Mobilisierungsvideos hieß es als gemeinsamer Konsens: *„Hamburg meine Perle, Pflastersteine und Scherben.“* Dies alles ist unverantwortlich und nimmt die Gewalt einer kleineren Minderheit billigend, teilweise auch zustimmend in Kauf. Die Distanzierung *post festum* oder die politische „Verurteilung“ sind dann entweder hilflos oder ‚schlimmer noch, Heuchelei. Natürlich ist die linksautonome Szene Geist vom Geiste der Linken. Die Verbindung von Freiheit und Gleichheit durch Solidarität eint. Aber diese Verwandtschaft im Geiste schließt nicht die Unvereinbarkeit im Handeln aus.

*Die Schlussfolgerung aus Hamburg wie aus allen ähnlichen Ereignissen der letzten Jahre muss sein: Wer Gewalt unter den Bedingungen des Rechtsstaats und der Möglichkeiten des zivilen Ungehorsam als legitimes Mittel der Politik ansieht und praktiziert, darf in den Reihen der breiteren Linken unter keiner, wirklich unter keiner Bedingung toleriert werden. Er ist ein direkter Gegner. Er bringt die Mehrheit um die Wirkung ihres Protests, delegitimiert jede linke Alternative, stellt die gesamte Linke in das Lager der Befürworter eines Bürgerkriegs, stärkt direkt autoritäre und rechte Tendenzen. Jede Form von Kooperation mit solchen Gruppen im Rahmen gemeinsamer Proteste ist ausgeschlossen.*

## Hat sich der Antikapitalismus erledigt?

Abschließend möchte ich Monika Frommels Frage aufgreifen, was heute links ist. Sie schreibt, dass es *„nur noch wenige Menschen“* gibt, *„die etwas gegen die Gleichberechtigung aller Menschen haben [...] niemand befürwortet die Kriege oder billigt die Armut in der Welt“* (S. 98). Sie stellt die These auf, *„dass sich das Streben nach mehr Demokratie, die Garantie von Grundrechten und die Verbesserung von Chancengleichheit nicht mehr als ‚linke‘ Ziele*

verstehen, sondern mehrheitsfähig geworden sind“ (S. 93). Dies alles steht im schreienden Widerspruch zur Tatsache, dass die wohlhabende Mitte der Weltgesellschaft mit ihren Bollwerken in den USA, Westeuropa und jetzt auch zunehmend in Asien und aufsteigenden Schwellenländern ganz selbstverständlich eine Produktions- und Lebensweise verteidigen, die auf der Zerstörung der Lebensgrundlagen des Unten dieser Weltgesellschaft und zukünftiger Generationen basiert (Brand/Wissen 2017) und erneut wachsenden Hunger hervorbringt (Ziegler 2013). Die Tendenzen zu Entdemokratisierung und Autoritarismus haben im Gefolge des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus sprunghaft zugenommen, während die Konzentration von wirtschaftlicher und finanzieller Macht exponentiell stieg. Die Zahl der Veröffentlichungen dazu ist Legion (nur stellvertretend für viele andere Streeck 2013; Bischoff 2009). Die vielen zivilen Proteste sind keinesfalls „sinnentleert“, auch nicht als Blockaden. Walter Benjamin sprach vom Griff nach der Notbremse, um das Rasen in die Katastrophe zu stoppen.

Monika Frommel fordert: „Wer mit ‚links‘ eine fundamentale Kapitalismus-Kritik meint, muss zeigen, wie dieses Ziel umgesetzt werden soll.“ (S. 2f.) Dies ist absolut richtig. Doch liegen diese Vorschläge auf dem Tisch. Sie beginnen bei einer simplen Finanzmarkt-transaktionssteuer und enden bei einem völlig neuen Finanzsystem (Felber 2012). Sie fangen an beim Ausstieg aus der Nutzung der fossilen Brennstoffe und münden in eine Solargesellschaft (Scheer 2011). Eine zusammenfassende Darstellung der Möglichkeiten findet sich zum Beispiel bei Dieter Klein (2013). Der große *Degrowth-Kongress* in Leipzig 2014 und der jüngste *Gegengipfel* in Hamburg haben sehr konkrete Ansätze diskutiert. Ihre Umsetzung würde verlangen, dass die hochentwickelten Länder rund zehn Prozent ihres Bruttosozialprodukts für eine sozialökologische Transformation in globaler Solidarität ausgeben. Wir hören aber eher von „America first“, „Deutschland den Deutschen“ und „Schotten zu“, von „Militärausgaben rauf“ und „Solidarität runter“. Kapitalismus ist eine Gesellschaft des Primats der Interessen der Kapitaleigentümer über die Gesellschaft. Das ist mit Freiheit, Gleichheit, Solidarität, mit Wahrung des natürlichen Reichtums und Frieden nun wirklich nicht zu vereinbaren. Man darf sich nicht blind machen lassen: Wenn Menschen hungern und verhungern, elementare Gesundheitsvorsorge fehlt, Ressourcenkriege eskalieren, die Klima-Veränderung Menschen in die Flucht treibt, dann werden die strukturellen Zwänge einer kapitalistisch-imperialen Weltordnung zu direkter Gewalt, die Leib und Seele vieler Millionen Menschen zerstört. Die Börsenkurse der glänzenden Tower in New York, London, Tokio oder Hongkong haben ein hässliches Gesicht, doch dieses Gesicht sieht man ihnen nicht an. Verreckt wird anderswo. Von Kapitalismuskritik als bloßer „Satire“ (S. 99) keine Spur.

Das Erschrecken vor den Exzessen in Hamburg sollte nicht blind, sondern hell-sichtig machen: Ja, die Linke in Deutschland muss endlich aktiv das ihr Mögliche tun, in ihren Protesten und Demonstrationen durch offene Diskussion, eigene Ordnungskräfte und Disziplin Gewalt zu unterbinden. Dies darf nicht der Polizei überlassen werden. Widerstand ist zu Gewaltfreiheit verpflichtet, auch und gerade, um zivilen Ungehorsam möglich zu machen und die Gewalt in der Welt zurückzudrängen. Der Kampf für einen Richtungswechsel der Politik darf deshalb nicht länger Schutzschirm für die Inszenierung von Bürgerkrieg bleiben. Und auch Ja und nochmals Ja: Wir brauchen unterschiedeneren Protest. Wir brauchen konkrete alternative Projekte und Experimente.

Wir brauchen eine linke Regierung, die sich für einen solchen Richtungswechsel in Deutschland und in der EU stark macht. Sonst kommt noch ein Trump made in Germany und zeigt uns, wie es ganz von rechts geht. Nach den jüngsten Bundestagswahlen ist ein Neubeginn der Linken in Deutschland gefordert.

**DR. MICHAEL BRIE** Gründungsdirektor und Senior Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, jüngste Buchveröffentlichung: Lenin neu entdecken. Dialektik der Revolution und Metaphysik der Herrschaft, Hamburg 2017.

## Literatur

Bailey, Brian 1998: Luddite Rebellion, Stroud

Bild-Zeitung 2017: Wagenknecht gegen Kipping - Linken-Zoff nach G20-Krawall, in: BILD.de, abrufbar unter: <http://www.bild.de/politik/inland/g20-gipfel/gewalt-hamburg-linken-zoff-um-schwarzen-block-kipping-wagenknecht-52489390.bild.html> (letzter Zugriff: 23.9.2017)

Bischoff, Joachim 2009: Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie?, Hamburg

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München

Brie, Michael 2008: Gewalt und Befreiung. Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus, in: Rilling, Rainer (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von Links, Berlin, 101–137

Brie, Michael 2017: Ideologie der »Namenlosen«, in: Neues Deutschland, abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1058972.ideologie-der-namenlosen.html>

Brie, Michael/Brangsch, Lutz (Hrsg.) 2016: Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe. Mit Beiträgen von Bini Adamczak, Friederike Habermann und Massimo De Angelis, Hamburg

Dellwo, Karl-Heinz 2017: Zum Riot im Schanzenviertel. Nicht distanzieren!, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/laikaverlag/posts/1549596275114654>

Felber, Christian 2012: Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst, Wien

Habermas, Jürgen 2010: Das utopische Gefälle. Das Konzept der Menschenwürde und die realistische Utopie der Menschenrechte; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (8), 43–53

Haunss, Sebastian 2008: Antiimperialismus und Autonomie - Linksradikalismus seit der Studentenbewegung; in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main: Campus, 447–473

Hobsbawm, Eric J. 1952: The Machine Breakers, in: Past & Present, (1), 57–70

Hoffrogge, Ralf 2015: Linksradikalismus; in: Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter/Küttler, Wolfgang (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 8/2, Hamburg, 1193–1207

Interventionistische Linke (mimi, terz, Titow) 2017: Es braucht mehr als ein Nein, abrufbar unter: <https://blog.interventionistische-linke.org/g20-gipfel/es-braucht-mehr-als-ein-nein>

King, Martin Luther 1969: Aufruf zum zivilen Ungehorsam, Düsseldorf

Klein, Dieter 2013: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg: VSA, abrufbar unter: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Klein\\_Das\\_Morgen.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Klein_Das_Morgen.pdf)

Nunner-Winkler, Gertrud 2004: Überlegungen zum Gewaltbegriff; in: Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt am Main, 21–61

Reemtsma, Jan Philipp 2015: Gewalt als attraktive Lebensform betrachtet, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, (4), 4–16

Scheer, Hermann 2011: Der energetische Imperativ: 100 Prozent jetzt. Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, Frankfurt am Main

Scheunemann, Egbert 2017: Das G20-Treffen in Hamburg und die kollektiv wahnhaften Reaktionen, abrufbar unter: <http://www.egbert-scheunemann.de/G20-Hamburg-Pseudolinke-und-kollektiver-Wahn-Scheunemann.pdf>

Streck, Wolfgang 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin

Unsichtbares Komitee 2014: An unsere Freunde. Kapitel 5: Lass uns verschwinden, abrufbar unter: <http://bloom0101.org/?parution=an-unsere-freunde>

Wikipedia 2017: G20-Gipfel in Hamburg 2017, in: Wikipedia, abrufbar unter: [https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=G20-Gipfel\\_in\\_Hamburg\\_2017&oldid=169350313](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=G20-Gipfel_in_Hamburg_2017&oldid=169350313)

Wilde, Florian 2017: Großer Erfolg, in: Junge Welt, abrufbar unter: <https://www.jungewelt.de/artikel/315029.groesser-erfolg.html>

Ziegler, Jean 2013: Wir lassen sie verhungern: Die Massenvernichtung in der Dritten Welt, München

### Anmerkungen:

- 1 Es gibt viele Formen, in denen „narzistische Gewinne“ durch Ausbrechen aus der Bürgerlichkeit erlebt werden können. So knapp, wie Reemtsma diese Möglichkeiten darstellt, sind sie in der Gesellschaft des Entertainments nicht. Sonst müsste Gewalt in ihren verschiedenen Formen auch viel verbreiteter sein, als sie es ohnehin schon ist.
- 2 Der hier zitierte Text entstand in der Auseinandersetzung um Angriffe auf Polizist\_innen während der Demonstration gegen das G8-Treffen in Rostock am 2. Juni 2007. Der Text fasst meine eigenen Position zum Verhältnis von Linker und Gewalt unter den Bedingungen rechtsstaatlich verfasster Gesellschaften zusammen.
- 3 Eine ausführliche Darstellung und Auseinandersetzung mit den Positionen von Tiqqun findet sich in Brangsch/Brie (2016, 184-192) und mit Bezug auf die Proteste in Hamburg dieses Jahres in Brie (2017).